

.....
.....
.....
Alemanha

Sra. Presidenta da Fundação Nacional do Índio - FUNAI -
Maria Augusta Boulitreau Assirati
SBS Quadra 02 Lote 14 Ed. Cleto Meireles
70070-120 - Brasília/DF
Brasilien

Sehr geehrte Präsidentin der Indigenen-Behörde FUNAI

Vor Kurzem wurde ich auf die stattfindenden Bemühungen zur Wiedererlangung des ursprünglich indigenen Gebiets, genannt Yvy Katú, in der Nähe der Indigenensiedlung Porto Lindo (Iguatemi, Mato Grosso do Sul), aufmerksam.

Meines Wissens hat die brasilianische Regierung 1964 die letzten Indigenen aus diesem Gebiet ausgesiedelt und sie der (Reservat-ähnlichen) Besiedelung namens Porto Lindo zugeteilt. Im Zeitraum zwischen 1964 und 2003 kämpften die Indigenen unermüdlich vor Gericht um die Rückgewinnung besagten Landes, Yvy Katu. 2003 drangen die Indigenen der Siedlung Porto Lindo, mangels effektiver Durchsetzung der Indigenenrechte seitens der Justiz, in **Yvy Katu** ein und besetzten dieses Gebiet, das von 14 (nicht-indigenen) brasilianischen Grundbesitzern als Eigentum beansprucht wird.

Die Justiz erbat sich von den Indigenen eine Beilegung der Proteste für den Zeitraum von drei Jahren, um ihrerseits den Konfliktursachen nachzugehen. Von 14 betroffenen Indigenengruppen beschränkten sich die Bemühungen allerdings auf lediglich drei Gruppierungen, und somit auf drei kleine Landstücke. In den letzten Jahren wurden die restlichen der 14 Grundstücke begutachtet und demarkiert, mit dem Ergebnis, dass alle diese Ländereien als "traditionelle indigene Gebiete" bestätigt wurden. Dem Gesetz nach hätte die besagte Region schon längst rechtskräftig zu indigenem Grundeigentum werden sollen. Jedoch sind nun bereits zehn Jahre vergangen, in denen die Indigene Bevölkerung mit Versprechen, die bis heute nicht eingelöst sind, abgespeist wurde. Aus diesem Grund haben sich die Indigenen Anfang November erneut zusammengeschlossen, um nach und nach besagte Landstriche durch Besetzung in Anspruch zu nehmen. Eine ähnliche Ausgangslage besteht auch in anderen Indigenengemeinden, etwa in Puelito kue, Ypo'y, Kuruçu Ambá, Guaiviry, Caarapó, Lucas Ku'ê, Mbarakai, Porto Kmbyra, Boqueron und Ñuvera Laranjeiras. Auch hier leben die Guaraní-Kaiowá notdürftig und in Erwartung einer gerichtlichen Entscheidung.

Diese indigenen Gruppen wohnen in Zelten und leiden Hunger. Örtlichen Augenzeugen zufolge sind Kinder am schwersten betroffen. Die Basisversorgung erreicht diese Region entweder überhaupt nicht oder nur mit erheblicher Verzögerung. Vielen dieser Kinder fehlt tagelang jegliche Nahrung; in Momenten der Verzweiflung ernähren sie sich von Insekten.

Laut Art.231 der Bundesverfassung ist der Bund verpflichtet, indigenes Land zu schützen und dafür zu sorgen, dass indigener Besitz respektiert wird. Die nationale Indigenen-Behörde FUNAI ist verantwortlich für die Schaffung und Umsetzung einer Indigenen-Politik, die den Vorgaben der Bundesverfassung von 1988 entspricht.

Das vorrangige Ziel der FUNAI ist eine Politik der nachhaltigen Entwicklung für die indigenen Gruppen, einschließlich derer, die isoliert leben. Laut Dekret Nr.7.778 vom 27. Juli 2012 ist die Aufgabe der FUNAI u.a., stellvertretend für den Bund die Rechte - auch die sozialen - der indigenen Bevölkerung zu schützen und für sie einzutreten. Gemäß Art.2 des Gesetzes Nr.6.001 ist es Zuständigkeit des Bundes, Schutz für die indigenen Gemeinschaften zu gewährleisten und die noch nicht in die nationale Gemeinschaft integrierten indigenen Gemeinschaften zu unterstützen.

Diese Unterstützung ist in den oben genannten Gebieten nicht gewährleistet. Aus diesem Grund appelliere ich mit diesem Schreiben an Sie als Präsidentin der für den Schutz der indigenen Bevölkerung zuständigen Behörde, umgehend die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um dem Hunger ein Ende zu setzen, insbesondere dem der indigenen Kinder, die in dieser Situation die Schwächsten und Hilfsbedürftigsten darstellen.

Hochachtungsvoll,